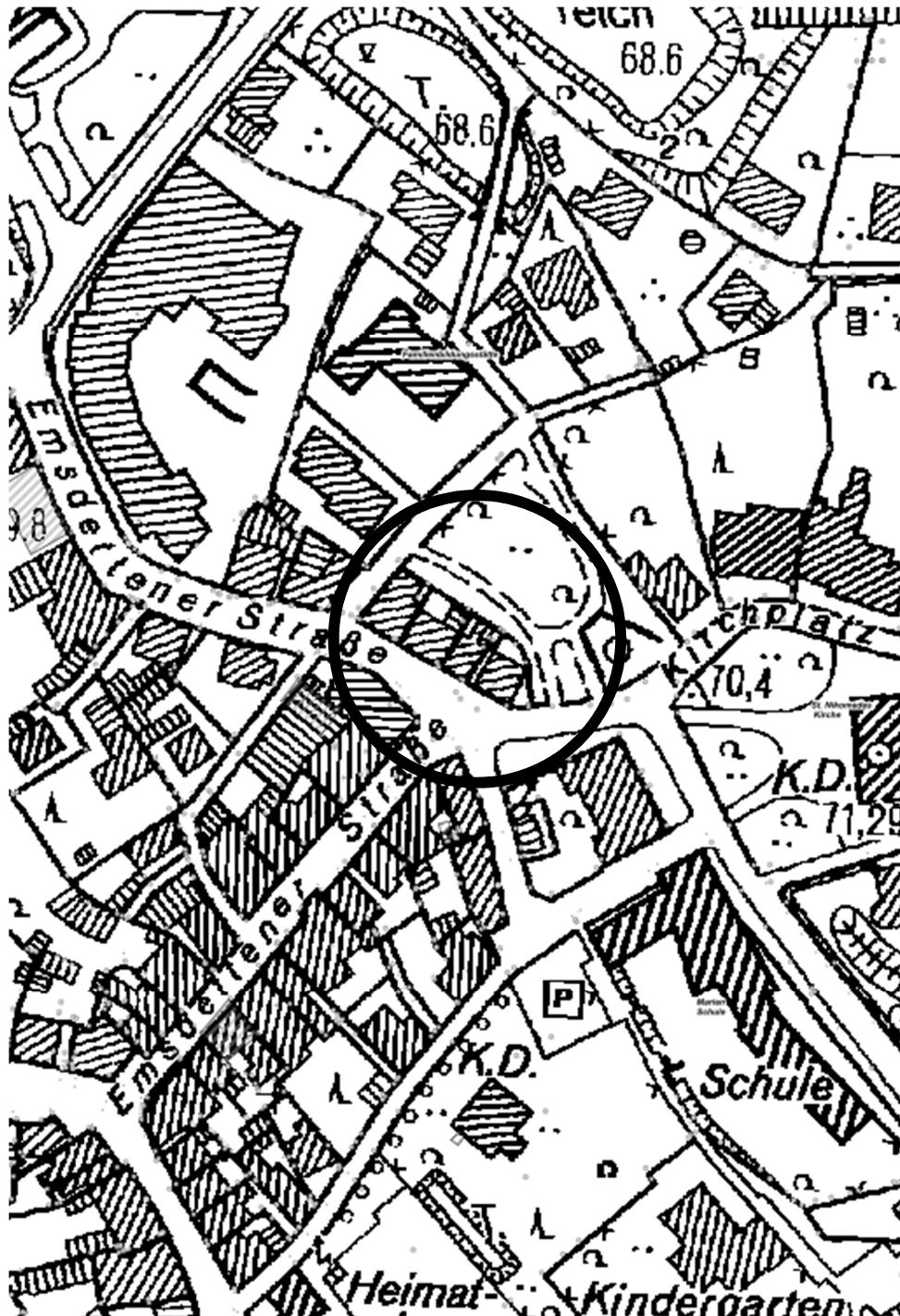


Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ – 1. Änderung Stadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Umweltbericht (gem. §§ 2 (4) und 2a BauGB)
(1), 4 (1) BauGB

Stand: frühzeitige Beteiligung gem. § 3



Stadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Inhalte und Ziele der Bebauungsplanänderung	3
1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans, einschließlich der Beschreibung der Festlegungen des Plans mit Angaben über Standort, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden	3
1.2 Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden	3
2. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen, die in der Umweltprüfung ermittelt wurden	7
2.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario), einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, und eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	7
2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	7
2.1.2 Fläche und Boden.....	8
2.1.3 Wasser	8
2.1.4 Luft und Klima	9
2.1.5 Landschaft.....	9
2.1.6 Mensch und seine Gesundheit.....	10
2.1.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter.....	10
2.1.8 Wechselwirkungen	10
2.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	11
2.2.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	11
2.2.2 Fläche und Boden.....	11
2.2.3 Wasser	11
2.2.4 Luft und Klima	11
2.2.5 Landschaft.....	12
2.2.6 Mensch und seine Gesundheit.....	12
2.2.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter.....	12
2.2.8 Wechselwirkungen	12
2.3 Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen, sowie geplante Überwachungsmaßnahmen.	12
2.4 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten	13

2.5 Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 (6) Nr. 7 j) BauGB	13
3. Zusätzliche Angaben	13
3.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind.....	13
3.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt	13
3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung	14
3.4 Referenzliste der Quellen	14

1. Inhalte und Ziele der Bebauungsplanänderung

Im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ ist gemäß § 2 (4) Baugesetzbuch (BauGB) für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. In dem Umweltbericht nach der Anlage 1 zum Baugesetzbuch werden die Belange des Umweltschutzes nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden dargelegt. Er bildet einen gesonderten Teil der Begründung zum Bauleitplan.

1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans, einschließlich der Beschreibung der Festlegungen des Plans mit Angaben über Standort, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden

Der Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“, rechtsverbindlich seit 05.05.2011, soll für die Grundstücke Flur 23, Flurstücke 111, 20, 21 und 24 geändert werden. Der Änderungsbereich ist aktuell als Kerngebiet (MK) gem. § 7 BauNVO festgesetzt und komplett bebaut. Das bestehende Kerngebiet soll in ein Urbanes Gebiet (MU) gemäß § 6a BauNVO geändert werden. Durch diese Änderung soll das Planungsrecht an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden und auch auf die Wünsche der Hauseigentümer eingegangen werden. Ein Urbanes Gebiet lässt eine andere Verteilung und Gewichtung der Nutzungen auch innerhalb einzelner Gebäude zu. Der Bedarf an Grund und Boden bezieht sich auf Versiegelungen für die baulichen Anlagen sowie die Verkehrsflächen und wird sich durch die vorliegende Planung nicht verändern, da die bereits im Ursprungsplan festgesetzte Grundflächenzahl von 1,0 nicht verändert wird.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16c "Kirchplatz / Breulstraße" umfasst die Grundstücke Flur 23, Flurstücke 111, 20, 21 und 24, Gemarkung Borghorst. Der Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 770 m².

Das Verfahren für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c wird als Regelverfahren gem. § 1 (8) Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt.

1.2 Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden

Innerhalb der umweltbezogenen Fachgesetze sind für die unterschiedlichen Schutzgüter Ziele und allgemeine Grundsätze formuliert, die im Rahmen der Umweltprüfung der relevanten Schutzgüter zu berücksichtigen sind. Im Rahmen der Bewertung sind vor allem solche Strukturen und Ausprägungen heranzuziehen, die entsprechend des jeweiligen Fachgesetzes bedeutsame Funktionen übernehmen. Hierzu gehören beispielsweise geschützte oder schutzwürdige Biotope als Lebensstätte streng geschützter Arten. Deren Funktionsfähigkeit ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ziele zu schützen, zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Grundsätzlich sind die Belange des Umweltschutzes sowie die umweltbezogenen Auswirkungen gemäß § 1 (6) BauGB im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit die-

nende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen (§ 1 (5) BauGB). Ergänzend zu den im allgemeinen Städtebaurecht verankerten Vorgaben sind insbesondere folgende Zielaussagen der Fachgesetze heranzuziehen.

Ziele des Umweltschutzes		
Schutzgut	Fachgesetz	Zielaussagen (Auswahl)
Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	<p>Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zu schützen.</p> <p>Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedelungen zu ermöglichen, - Gefährdungen von natürlich vorkommenden Ökosystemen, Biotopen und Arten entgegenzuwirken, - Lebensgemeinschaften und Biotope mit ihren strukturellen und geografischen Eigenheiten in einer repräsentativen Verteilung zu erhalten; bestimmte Landschaftsteile sollen der natürlichen Dynamik überlassen bleiben. <p>Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - die räumlich abgrenzbaren Teile seines Wirkungsgefüges im Hinblick auf die prägenden biologischen Funktionen, Stoff- und Energieflüsse sowie landschaftlichen Strukturen zu schützen; Naturgüter, die sich nicht erneuern, sind sparsam und schonend zu nutzen; sich erneuernde Naturgüter dürfen nur so genutzt werden, dass sie auf Dauer zur Verfügung stehen, - wild lebende Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten, - der Entwicklung sich selbst regulierender Ökosysteme auf hierfür geeigneten Flächen Raum und Zeit zu geben.
	Baugesetzbuch (BauGB)	<p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege und insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt, die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sowie - die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zu berücksichtigen.

Fläche und Boden	Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)	Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte soweit wie möglich vermieden werden.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktion im Naturhaushalt erfüllen können; nicht mehr genutzte versiegelte Flächen sind zu renaturieren, oder, soweit eine Entsiegelung nicht möglich oder nicht zumutbar ist, der natürlichen Entwicklung zu überlassen.
	Baugesetzbuch (BauGB)	Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.
Ziele des Umweltschutzes		
Schutzgut	Fachgesetz	Zielaussagen (Auswahl)
Wasser	Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere Meeres- und Binnengewässer vor Beeinträchtigungen zu bewahren und ihre natürliche Selbstreinigungsfähigkeit und Dynamik zu erhalten; dies gilt insbesondere für natürliche und naturnahe Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen; Hochwasserschutz hat auch durch natürliche oder naturnahe Maßnahmen zu erfolgen; für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt ist auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen.
Luft und Klima	Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)	Zweck dieses Gesetzes ist es, zum Schutz vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele sowie die Einhaltung der europäischen Zielvorgaben zu gewährleisten. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen werden berücksichtigt. Grundlage bildet die Verpflichtung nach dem Übereinkommen von Paris aufgrund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, wonach der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist, um die Auswirkungen des Klimawandels so gering wie möglich zu halten.
	Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG)	Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind Luft und Klima auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Luftaustauschbahnen; dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien kommt eine besondere Bedeutung zu.
	Baugesetzbuch (BauGB)	Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.
Mensch und seine Gesundheit	Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG)	Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung zu berücksichtigen.

Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zu schützen. Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren; zum Zweck der Erholung in der freien Landschaft nach ihrer Beschaffenheit und Lage geeignete Flächen vor allem im besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen. Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren.
Kulturgüter und sonstige Sachgüter	Denkmal-schutzgesetz (DSchG)	Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes sowie die umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.

Direkte, für das eigentliche Plangebiet relevante Ziele sind die Festlegungen des Regionalplanes. Der Regionalplan Münsterland legt für den Regierungsbezirk Münster die räumlichen und strukturellen Entwicklungen als raumplanerisches Gesamtkonzept fest. Er koordiniert die unterschiedlichen Flächenansprüche an den Raum und gibt als Planungsgrundlage Rahmenbedingungen für die Flächennutzungspläne vor. Ebenso erfüllt der Regionalplan gemäß § 6 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes, sodass die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen im Regionalplan dargestellt sind. Der seit dem 27.06.2014 wirksame Raumordnungsplan stellt den Planbereich als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) dar. Damit entsprechen die Planungen zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16c grundsätzlich den Zielen der Raumordnung und Landesplanung.

Der Flächennutzungsplan (FNP) als vorbereitender Bauleitplan stellt gemäß § 5 (1) BauGB für das ganze Stadtgebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen in den Grundzügen dar. Der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Kreisstadt Steinfurt stellt für den Änderungsbereich eine „Gemischte Baufläche“ gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauGB dar.

Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln und enthält gemäß § 8 (1) BauGB die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Der seit dem 05.05.2011 rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz/Breulstraße“ setzt für den räumlichen Geltungsbereich ein Kerngebiet fest. Eine bauliche Inanspruchnahme ist gemäß den Festsetzungen des verbindlichen Bebauungsplanes planungsrechtlich bis zu einer Grundflächenzahl von 1,0 zulässig.

In den Fachdatenbanken und Kartendiensten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW) sowie im Geodatenatlas des

Kreises Steinfurt (Umwelt) bestehen für das unmittelbare Plangebiet keine besonderen Schutzgebietsausweisungen. Ebenso wenig sind Gebiete betroffen, die dem Zuständigkeitsbereich der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) oder der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten) zuzuordnen sind.

2. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen, die in der Umweltprüfung ermittelt wurden

Die vorliegenden Kenntnisse bei den einzelnen umweltrelevanten Schutzgütern vor und nach der Maßnahmenrealisierung werden dargestellt und die beabsichtigten Vermeidungs-, Verhinderungs-, Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen erläutert.

2.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario), einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, und eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Die Abschätzung zur voraussichtlichen Entwicklung des Umweltzustands gegenüber dem Basisszenario bei Nichtdurchführung der Planung erfolgt, soweit möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnisse.

2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Der räumliche Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit NR-541 „Kernmünsterland“ sowie im Landschaftsraum LR-IIIa-016 „Altenberger Höhenrücken“. Die potenzielle natürliche Vegetation (PNV), also die Pflanzendecke, die sich auf dem Standort einstellen würde, wenn der Einfluss des Menschen langfristig unterbleiben würde, besteht aus einem Sternmieren-Stieleichen-Hainbuchenwald und einem Eichen-Buchenwald. Eine tatsächliche Vegetation gibt es nicht, weil das Plangebiet bereits komplett überplant und auch zum Großteil versiegelt ist. Lediglich ein kleiner Teil des Plangebietes ist als Garten angelegt.

Die Landschaftsinformationssammlung (LINFOS) enthält für das engere Plangebiet keine Darstellungen. Weiterhin bestehen für den räumlichen Geltungsbereich und dessen näheren Umgebung keine besonderen Festlegungen, sodass FFH- und Vogelschutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ ebenso wenig wie geschützte Teile von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 (2) BNatSchG betroffen sind.

Bei Nichtdurchführung der Planung würde sich kein wesentlicher Unterschied zur Durchführung der Planung ergeben, weil das Plangebiet bereits komplett überplant und überbaut ist. Durch die Planung ändert sich lediglich die Gewichtung der Nutzungen und deren Verteilung innerhalb der Gebäude.

2.1.2 Fläche und Boden

Das Schutzgut Fläche, das heißt der bislang nicht bebaute Boden, ist innerhalb des Planbereiches nicht vorhanden. Die vorhandenen Baugrenzen lassen nahezu eine komplette Überbauung zu. Der kleine Bereich im Osten des Plangebietes, der nicht innerhalb der Baugrenzen liegt, ist auch versiegelt und wird als Parkplatz genutzt. Die Bodenfunktionen sind folglich im Bestand stark eingeschränkt und das Schutzgut Fläche entsprechend vorgeprägt.

Der räumliche Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit NR-541 „Kernmünsterland“. Das Westmünsterland ist Teil der durch basenarme Substrate geprägten Moränen- und Terrassenlandschaften Westdeutschlands. Die geologische Karte (GK 100) zeigt für den Planbereich als Ausgangsmaterial der Bodenbildung vollständig die Darstellung Grundmoräne. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Schluff, Ton und Steine, zum Teil ist der Boden sandig, kiesig, steinig mit vereinzelt Blöcken (nordisches Geschiebe), größtenteils entkalkt, gelbbraun bis grau.

Die Bodenkarte (BK 50) beinhaltet für den räumlichen Geltungsbereich den Bodentyp Pseudogley. Die Bodenartengruppe des Oberbodens wird als stark sandiger Lehm, bzw. stark lehmiger Sand angegeben. Die Wertzahlen der Bodenschätzung liegen im mittleren Bereich zwischen 46 und 56. Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW (3. Auflage) handelt es sich nicht um einen schutzwürdigen Boden.

Das „Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen“ des Umweltamtes des Kreises Steinfurt enthält für den Planbereich keine Darstellungen. Ein Altlastenverdacht besteht somit nicht. Ein Kampfmittelvorkommen ist ebenso nicht bekannt, aber auch nicht vollkommen auszuschließen.

Bei Nichtdurchführung der Planung würden sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Medien Fläche und Boden am jetzigen Standort ergeben, da eine bauliche Inanspruchnahme bereits erfolgt ist und im Rahmen der planungsrechtlichen Möglichkeiten weiterhin zulässig ist.

2.1.3 Wasser

Das Plangebiet gehört zum Flussgebiet „Ems NRW“ und zum Teileinzugsgebiet „Obere Ems“. Ökologisch wertvolle Stillgewässer oder Fließgewässer sind im räumlichen Geltungsbereich und im umgebenden Planungsraum nicht vorhanden. Ein Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebiet ist im zu betrachtenden Umfeld nicht ausgewiesen. Weiterhin sind keine offenen Gewässerstrukturen im Plangebiet oder in dessen Umgebung vorhanden.

Der Planbereich liegt im Hydrogeologischen Teilraum TR 02102 „Mergelsteine des Kernmünsterlandes“. Kennzeichnend sind Festgesteins-Grundwasserleiter der Oberkreide mit geringer bis sehr geringer Durchlässigkeit und silikatisch/karbonatischen Gesteinschemismus. Es ist im ELWAS-WEB dem Grundwasserkörper 3_13 „Münsterländer Oberkreide (Altenberge / Aschenberg) zugeordnet, dessen wasserwirtschaftliche Bedeutung „gering“ ist und der keine hydrologischen Besonderheiten aufweist. In den Auswertungen der Bodenkarte (BK 50) wird die ökologische Feuchtstufe als „mäßig wechsell trocken“ angegeben. Dem Boden wird die

Grundwasserstufe „0 – ohne Grundwasser“ und der Staunässegrad „Stufe 3 – mittlere Staunässe“ zugeordnet.

Bei Nichtdurchführung der Planung würden sich keine wesentlichen Auswirkungen auf das Medium Wasser ergeben, da die Niederschlagsversickerung bereits im Bestand stark eingeschränkt ist und analog zum Schutzgut Boden eine bauliche Inanspruchnahme im Rahmen der planungsrechtlichen Möglichkeiten weiterhin zulässig ist.

2.1.4 Luft und Klima

Bei der innerstädtischen Lage des Plangebietes ist davon auszugehen, dass die klimatische Situation städtisch geprägt ist, also durch den Verkehr und anthropogene Wärmeproduktion. Das Makroklima ist vom atlantischen Einfluss geprägt. Es zeichnet sich durch milde, schnee-arme Winter und mäßig warme, verhältnismäßig niederschlagsreiche Sommer aus. Kennzeichnend sind die ausgeglichenen Temperaturverhältnisse und langen Vegetationsperioden. Die Hauptwindrichtung ist Südwest. Der Klimaatlas Nordrhein-Westfalen des Landesamtes für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zeigt für das Plangebiet im Zeitraum 1991-2020 eine mittlere Jahrestemperatur von 10,2 °C und einen mittleren Jahresniederschlag von 808,6 mm. Die klimatische Wasserbilanz wird mit 260 mm angegeben.

Entsprechend des Fachinformationssystems Klimaanpassung handelt es sich bei dem Klimatop des engeren räumlichen Geltungsbereiches um ein Vorstadtklima. Die Klimatope in der direkten Umgebung des Plangebietes werden als Stadtrandklima, Innenstadtklima oder ebenfalls als Vorstadtklima beschrieben. Innerhalb der Gesamtbetrachtung der Klimaanalyse wird das unmittelbare Plangebiet keinem Vorsorgebereich für den Klimawandel zugeordnet. Ebenso übernimmt dieser aufgrund der vorhandenen Bebauung und der damit verbundenen thermisch ungünstigen Situation keine Bedeutung als Ausgleichsfunktion.

Lufthygienische Beeinflussungen entstehen durch verkehrliche Emissionen wie Geräusche und Abgase, welche in innerstädtischer Lage unvermeidbar und ortsüblich sind. Insgesamt ist davon auszugehen, dass es zu keinen erheblichen Belastungen durch Geräusch- und Geruchsemissionen kommt.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist eine Beibehaltung der bisherigen klimatischen und lufthygienischen Situation zu prognostizieren, da die planungsrechtlichen Voraussetzungen unverändert bleiben. Langfristig unterliegt das Klima den globalen Temperaturveränderungen.

2.1.5 Landschaft

Das Plangebiet liegt im Landschaftsraum LR-IIIa-0016 „Altenberger Höhenrücken“, der einen Schichtkamm aus der Oberkreide darstellt, welcher nordwestlich von Altenberge abbricht und sich in geringer Höhe nach Norden bis nordwestlich von Burgsteinfurt fortsetzt. Mit wenigen Ausnahmen herrschen ausgeglichene, durch Moränenmaterial überformte, Reliefverhältnisse vor. Die Geländehöhe im nahen Umfeld liegt bei etwa 68,50 Meter über Normalhöhennull (m ü NHN).

Der Landschaftstyp wird als ackerbaulich geprägte, offene Kulturlandschaft bzw. Verdichtungsraum beschrieben. Eine besondere Funktion für die landschaftsbezogene Erholung übernimmt der unmittelbare Planbereich in innerstädtischer Lage nicht.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist von einer Beibehaltung des beschriebenen Landschaftsbildes auszugehen. Bauliche Anlagen sind unter Berücksichtigung der Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes zulässig.

2.1.6 Mensch und seine Gesundheit

Der räumliche Geltungsbereich wird bereits seit langer Zeit baulich in Anspruch genommen und die Bebauung ist seit 2011 durch den Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ planungsrechtlich gesichert. Insofern übernimmt der Planbereich keine besondere Erholungs- und Freizeitfunktion für die Bevölkerung. Die bestehende Bebauung übernimmt in erster Linie eine Wohnfunktion, es sind dort aber auch ein Restaurant und eine Sozialstation angesiedelt.

Durch den Verkehr der am Planbereich entlangführenden Straße (Emsdettener Straße) und die innerstädtische Lage gibt es Geräusch- und Abgasimmissionen in das Plangebiet, die aber bei einer innerstädtischen Lage direkt an einer Erschließungsstraße unvermeidbar und ortsüblich sind. Die im Ursprungsplan festgeschriebenen Schallschutzmaßnahmen, die sich aus der schalltechnischen Untersuchung Nr. 501/60 **942/10** (vom Dezember 2010) vom Planungsbüro für Lärmschutz Altenberge -Sitz Münster- ergeben, werden auch in die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c übernommen.

Insgesamt sind Immissionen, die erhebliche Auswirkungen auf das Gebiet und somit auf die menschliche Gesundheit aufweisen könnten, nicht erkennbar.

Bei Nichtdurchführung der Planung würden sich gegenüber der Bestandsaufnahme voraussichtlich keine Änderungen ergeben, da die Fläche bereits jetzt im gleichen Umfang baulich genutzt wird.

2.1.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Im Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 c „Kirchplatz / Breulstraße“ sind keine Bau- und Bodendenkmäler vorhanden bzw. bekannt. Im Umgriff des Ursprungsplans und somit in direkter Umgebung des Änderungsbereiches befinden sich aber verschiedene Bau- und Bodendenkmäler. Für den gesamten Bereich des ursprünglichen Bebauungsplanes Nr. 16c besteht eine Denkmalbereichssatzung mit dem Titel „Burg und Stift Borghorst mit Stiftsfreiheit und kath. Pfarrkirche St. Nikomedes“.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist aufgrund keiner direkten Betroffenheit des Schutzgutes Kulturgüter und sonstige Sachgüter eine Beibehaltung der derzeitigen Situation zu prognostizieren.

2.1.8 Wechselwirkungen

Die jeweiligen Schutzgüter stehen innerhalb des Ökosystems in einem engen gemeinsamen Wirkungszusammenhang und beeinflussen sich untereinander in unterschiedlichem Maße. Im

Bereich des großflächig versiegelten und überbauten Plangebietes sind die gegenseitigen Beziehungen weitreichend gestört und ihre Wechselwirkungen aufgehoben. So stehen beispielsweise versiegelte Flächen nicht mehr für eine Wasseraufnahme oder als Standort für Pflanzen zur Verfügung. Ebenso können großflächige Versiegelungen das lokale Kleinklima durch in der Regel erhöhte Temperaturen beeinflussen. Des Weiteren beeinflussen klimatische und lufthygienische Belange das Schutzgut Mensch und seine Gesundheit. In den sehr geringen unversiegelten Bereichen können die natürlichen Prozesse abhängig von der jeweiligen Nutzungsintensität in einem leicht gestörten Umfang weiter erfolgen.

Die unterschiedlichen Eingriffe des Menschen in Natur und Landschaft sowie deren Wechselwirkungen finden vor allem im Rahmen der Bestandsaufnahme mit den Vorbelastungen und im Zuge der nachfolgenden Prognose des Umweltzustandes Berücksichtigung. Weitergehende besondere Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Umweltmedien, die darüber hinausgehen, sind nicht erkennbar.

2.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Nachfolgend werden, soweit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen während der Bau- und Betriebsphase auf die Schutzgüter beschrieben.

2.2.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Durch die vorliegende Planung werden keine bisher unbebauten Flächen in Anspruch genommen, die überbaubare Fläche verändert sich nicht im Vergleich zum Ursprungsplan. Somit sind durch die Änderung des Bebauungsplanes keine erheblichen oder nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu erwarten.

2.2.2 Fläche und Boden

Der räumliche Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung ist bereits zum Großteil versiegelt und komplett als Mischgebiet überplant. Die Grundflächenzahl liegt, gegenüber der Ursprungsplanung unverändert, bei 1,0. Somit sind durch die Änderung des Bebauungsplanes keine erheblichen oder nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche und Boden zu erwarten.

2.2.3 Wasser

Im Planbereich oder in der näheren Umgebung befinden sich keine offenen Gewässer. Durch den hohen Versiegelungsgrad der Fläche, der sich durch die Planung nicht verändern wird, hat die Fläche auch keine Bedeutung für die Niederschlagsversickerung. Somit sind durch die Änderung des Bebauungsplanes keine erheblichen oder nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

2.2.4 Luft und Klima

Da sich das Maß der Bebauung durch die vorliegende Planung nicht wesentlich ändert und auch die zulässigen Nutzungen gleichbleiben, wird sich die klimatische Situation im näheren

Umfeld durch die Planung nicht verändern. Somit sind durch die Änderung des Bebauungsplanes keine negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima zu erwarten.

2.2.5 Landschaft

Der räumliche Geltungsbereich liegt im innerstädtischen Bereich. Durch die vorliegende Planung ergibt sich keine wesentliche Veränderung für das Maß der baulichen Nutzung. Somit sind durch die Änderung des Bebauungsplanes keine erheblichen oder nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft zu erwarten.

2.2.6 Mensch und seine Gesundheit

Der Änderungsbereich wird aus planungsrechtlicher Sicht gemischt genutzt und dient verschiedenen Daseinsgrundfunktionen (wohnen, arbeiten, sich versorgen, in Gemeinschaft leben). Insgesamt wird sich an der grundsätzlichen Situation und der gegenwärtigen Nutzung nichts ändern, da das Maß der baulichen Nutzung und die zulässigen Nutzungen im Wesentlichen gleichbleiben. Für das Schutzgut Mensch und seine Gesundheit ergeben sich damit keine wesentlichen negativen Veränderungen gegenüber der Bestandssituation, weshalb erhebliche oder nachteilige Auswirkungen auf das menschliche Wohlbefinden nicht zu erwarten sind.

2.2.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Kulturgüter und sonstige Sachgüter stehen nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Planung, weshalb erhebliche oder nachteilige Auswirkungen nicht zu erwarten sind.

2.2.8 Wechselwirkungen

Besondere Wechselwirkungen zwischen den Umweltmedien, die über die beschriebenen Zusammenhänge hinausgehen, sind nicht erkennbar, da es sich lediglich um die Änderung der Positionierung innerhalb eines Hauses und die Gewichtung der zulässigen Nutzungen handelt, die nicht zu (nachteiligen) Veränderungen bei den verschiedenen Schutzgütern führen.

2.3 Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen, sowie geplante Überwachungsmaßnahmen

Mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes werden gegenüber dem rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ keine planungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten in Natur und Landschaft ermöglicht, da sich der Planbereich in innerstädtischer Lage befindet und weder das Maß der baulichen Nutzung noch die zulässigen Nutzungen wesentlich verändert werden. Es werden keine zusätzlichen Bauflächen ausgewiesen und die Grundflächenzahl bleibt unverändert bei 1,0. Insgesamt werden keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen erwartet.

Die Art der vorliegenden Planung macht keine Vermeidungs- oder Überwachungsmaßnahmen notwendig.

Im Zuge der Änderung des Bebauungsplanes ist gemäß § 18 BNatSchG in der Regel zu prüfen, ob Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind und auf Grundlage des Baugesetzbuches ist über Vermeidung, Ausgleich und Ersatz zu entscheiden. Die Bilanzierung erfolgt auf Basis der durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Arbeitshilfe „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW“ (Recklinghausen, März 2008). Im vorliegenden Fall erübrigt sich die Bilanzierung, da der Ausgangszustand des Planbereichs eine bereits komplett als Mischgebiet überplante Fläche ohne Grünflächen mit einer GRZ von 1,0 ist. Eine Bilanzierung gemäß der Arbeitshilfe würde ergeben, dass die Fläche einen Wert von 0 hat, da der einzige vorhandene Biotoptyp die versiegelte Fläche ist.

2.4 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten

Zur vorgesehenen Planung bestehen keine besser geeigneten (Standort-)Alternativen, da es sich um eine Planung im Bestand handelt.

2.5 Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 (6) Nr. 7 j) BauGB

Die vorliegende Planung setzt Urbanes Gebiet fest, welches Wohngebäude, Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke zulässt. Von diesen Nutzungen sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Die Zusammenstellung der Angaben im Umweltbericht basiert auf allgemein zugänglichen Informationen zu den unterschiedlichen Umweltmedien.

Die Ergebnisse zur Bauleitplanung erstellter Fachgutachten wurden in den Umweltbericht integriert. Sie sind ebenso Bestandteil der Verfahrensunterlagen.

Die Eingriffsbilanzierung nach der Arbeitshilfe „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW“ (Recklinghausen, März 2008) wurde nicht durchgeführt, da kein Eingriff in diesem Sinne erfolgt.

Es sind keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten.

3.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt

Gemäß § 4c BauGB sind die erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Bauleitpläne eintreten, zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung der Festsetzungen nach § 1a (3) Satz 2 und 4 BauGB.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sind keine erheblichen nachteiligen und nicht kompensierbaren Auswirkungen auf die Umwelt erkennbar, weshalb auf die Beschreibung der weiteren geplanten Maßnahmen zur Überwachung verzichtet werden kann. Besondere Instrumente eines Monitorings sind nicht vorgesehen.

3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Städtebauliches Ziel der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“ ist, die planungsrechtlichen Voraussetzungen so zu ändern, dass die bereits zulässigen Nutzungen in den (bestehenden) Gebäuden anders verteilt und gewichtet werden können. Das Maß der baulichen Nutzung bleibt dabei weitgehend unverändert.

Durch die vorliegende Planung werden insgesamt keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter erwartet. Messbare Wechselwirkungen zwischen den Medien entstehen aufgrund des intensiv anthropogen vorgeprägten Bereiches nicht. Ausgleichsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

3.4 Referenzliste der Quellen

Fachpläne

- Bezirksregierung Münster: Regionalplan Münsterland 2014
- Kreisstadt Steinfurt: Flächennutzungsplan

Fachdatenbanken / Kartendienste

- Geschäftsstelle des IMAG GDI Nordrhein-Westfalen: Geoportal.NRW – Online unter: [Home | Geoportal](#)
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Klimaatlas Nordrhein-Westfalen – Online unter <http://www.klimaatlas.nrw.de>
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Fachinformationssystem Klimaanpassung – Online unter <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: ELWAS-Web – Online unter <https://www.elwasweb.nrw.de/>
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Umweltdaten vor Ort – Online unter <http://www.uvo.nrw.de>
- Kreis Steinfurt: Geodatenatlas des Kreises Steinfurt – Online unter <https://kreis-steinfurt.maps.arcgis.com/>

Sonstiges

- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen: Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW. Recklinghausen, März 2008

Gutachten / Fachbeiträge

- Immissionstechnische Stellungnahme Nr. 60 942/10 vom Dezember 2010 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16c „Kirchplatz / Breulstraße“, erstellt durch das Planungsbüro für Lärmschutz Altenberge GmbH, Sitz Münster

Aufgestellt:

Steinfurt, 11.10.2022

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Schwietert
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung